

A photograph of a middle-aged man with glasses, wearing a yellow V-neck sweater over a light blue collared shirt. He is sitting at a desk, looking directly at the camera with a neutral expression. He is holding a black pen over an open notebook. A laptop is visible to his right. The background is dark and out of focus. The entire image is set against a solid red background.

Bernd Coumanns

Blick nach vorn.

So gewinnen wir für euch das Morgen.

SPD

Blick nach vorn.

**So gewinnen wir
für euch das Morgen.**



Vorwort

**„Es ist nicht Deine Schuld,
dass die Welt ist, wie sie ist.
Es wäre nur Deine Schuld,
wenn sie so bleibt.“**

**(Refrain aus dem Song
„Deine Schuld“ der Band
„Die Ärzte“)**

„Wie Beckenbauer 1990“, bekam ich zugerufen, als ich nach meiner Wahl zum Landtagskandidaten der SPD für die Städte Bergheim, Bedburg, Elsdorf und Pulheim über den Rasen im Fußballstadion in Hürth schlenderte. Das Bild kam mir sofort in Erinnerung, schließlich habe ich im Sommer 1990 während der Fußballweltmeisterschaft mit meinen Eltern und Geschwistern den Urlaub in Italien verbracht und sogar im Stadion von Mailand bei dem Spiel Deutschland gegen Kolumbien mitfiebern dürfen.

Ich möchte aber nicht Weltmeister werden, sondern Landtagsabgeordneter, der die berechtigten Interessen, nachvollziehbaren Sorgen, Anliegen und guten Ideen der Bürgerinnen und Bürger aus Bedburg, Bergheim, Elsdorf und Pulheim mit nach Düsseldorf in den nordrhein-westfälischen Landtag nehmen darf. Das ist mein Ziel und deswegen stelle ich mich für die SPD bei der Landtagswahl am 15. Mai 2022 zur Wahl.

In diesem Büchlein möchte ich Ihnen vorstellen, was mich bewegt und was ich erreichen möchte. Ich bin ein Mensch, der optimistisch in die Zukunft blickt. Wie sollte es mit drei Kindern auch anders sein. Alle Eltern wollen ihren Kindern eine bessere Welt hinterlassen. Wir können die Probleme unserer Zeit durch gesellschaftlichen und technologischen Fortschritt lösen. Davon bin ich überzeugt. Deshalb geht mein Blick nach vorn.

Mit herzlichen Grüßen
und bleiben Sie vor allem gesund



Bernd Coumanns

Ihr Landtagskandidat
für Bedburg, Bergheim, Elsdorf und Pulheim

Schulen sind die Visitenkarte jeder Stadt

Eine neue Landesregierung wird alles Mögliche tun, um Schulen in der Pandemie sicher offen zu halten.

Unsere Städte brauchen für Schulen, Ganztagsbetreuung und andere wichtige Aufgaben mehr Hilfe vom Land.

Lockdown im März 2020. Auch die Schulen und Kitas müssen schließen. Die Freude bei meinen schulpflichtigen Kindern ist groß. Bei den Eltern weniger. Es dauert, bis sich der Online-Unterricht und die Betreuung eingespielt haben. Das ist verständlich, schließlich hatte sich eine Pandemie solchen Ausmaßes zu unseren Lebzeiten noch nie ereignet. Die Schulleitungen, die Lehrerkollegien, die Eltern und natürlich die Schülerinnen und Schüler mussten einige Herausforderungen bewältigen, um den Online-Unterricht zu organisieren. In den Kitas musste eine Notbetreuung organisiert werden.

In meiner Heimatstadt Bedburg, in der ich seit 1999 als Mitglied im Stadtrat aktiv bin, hat Bürgermeister Sascha Solbach und seine Kommunalverwaltung die Schulen dabei kräftig unterstützt, die technischen Voraussetzungen für den Online-Unterricht zu schaffen. Schon vor der Pandemie hatte die Stadt in Zusammenarbeit mit den Schulen die Digitalisierung vorangetrieben. Dabei ist es nicht mit der Anschaffung von Hardware getan, sondern die Schulen werden dauerhaft von der Stadtverwaltung bei der Wartung und Aktualisierung der Software unterstützt.

Und noch viel mehr: Trotz einer schwierigen Haushaltslage werden alle Schulen in meiner Heimatstadt unter Beteiligung der Schulleitungen und der Schülerschaft in einer großen Kraftanstrengung fortlaufend modernisiert. Richtig so: Schließlich sind Schulen die Visitenkarte einer Stadt. Der Zustand der Schulgebäude verrät, ob die Prioritäten in einer Stadt richtig gesetzt sind. Als Landtagsabgeordneter werde ich mich dafür stark machen, dass eine neue Landesregierung unsere Städte bei der Modernisierung unserer Schulen viel mehr unter die Arme greift als bisher.

Schulen in der Pandemie sicher offen halten

Anfang Januar 2022: Nach den Weihnachtsferien wird meine kleine Tochter wie alle anderen Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen mittels PCR-Tests getestet. Prompt sind die von der schwarz-gelben Landesregierung beauftragten Labore überlastet. Nicht nur meine Frau und ich, sondern auch viele andere Eltern wussten erst wenige Minuten vor Schulbeginn, ob ihr Kind zur Schule gehen darf oder nicht, nachdem sie sich selber bei gestressten Angestellten in Laboren erkundigt hatten. So oder ähnlich ist es vielen Eltern ergangen.

Seitdem ist es an den Grundschulen nicht besser geworden. Die sicheren PCR-Einzeltests wurden durch ungenauere Schnelltests ersetzt. Das Versagen der schwarz-gelben Landesregierung, sich um ausreichend Testkapazitäten zu kümmern, und damit für Sicherheit an den Schulen zu sorgen, müssen jetzt Kinder, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer ausbaden. Einige Schulen hissen bereits weiße Fahnen als Signal, dass sie mit der

Bewältigung der Pandemie im Schulalltag überlastet sind. Mit meinen Erfahrungen, die ich als Vater von 3 Kindern im Schulalltag sammeln darf, werde ich mich als Landtagsabgeordneter bei einer neuen Landesregierung dafür einsetzen, dass die Schulen in der Pandemie endlich Priorität bekommen.

Schulministerin Gebauer hat vieles liegen lassen. Die Städte bekommen immer noch keine ausreichende Unterstützung für die Anschaffung von Luftfiltergeräten in allen Klassenräumen. Das Hick-Hack darüber im zweiten Jahr der Pandemie ist für mich völlig unverständlich und geht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler. Luftfiltergeräte sind kein Ersatz für das Lüften, helfen aber dabei, die Virenlast gering zu halten und damit eine Ansteckung weniger wahrscheinlich zu machen.

Sollte es der Verlauf der Pandemie notwendig machen, gibt es nach wie vor keine Pläne, den Präsenzunterricht zum Beispiel durch Wechselunterricht oder den Umstieg auf außerschulische Lernorte sicherzustellen. Solche Konzepte müssen vorsorglich ausgearbeitet werden. Dazu braucht es klare Vorgaben von Schulministerin Gebauer und kein Hin und Her wie bei der Abschaffung und Wiedereinführung der Maskenpflicht an Schulen innerhalb nur weniger Wochen.

„Die CDU-geführte Landesregierung trägt die Pandemie auf dem Rücken der Kinder und Eltern aus.“

Weniger hitzefrei: Schulen „klimafest“ machen

Aber nicht jede Kommune schafft es aus eigener Kraft, ihre Schulen zu sanieren und Schülerinnen und Schülern eine Lernumgebung zu bieten, in der man sich wohlfühlt. Das Land muss den Städten bei der Sanierung von Schulen stärker unter die Arme greifen und die Schulen auch auf den Klimawandel vorbereiten.

Natürlich freuen sich meine Kinder über jeden Tag, an dem es hitzefrei gibt. Welches Kind tut das nicht? Endlich raus aus dem heißen und verschwitzten Klassenraum. Gute Voraussetzungen zum Lernen sind das aber nicht. Unsere Städte brauchen mehr Unterstützung vom Land NRW, um unsere Schulen „klimafest“ zu machen und auf den Klimawandel vorzubereiten. Gebäude dämmen, Lüftungsanlagen einbauen, Dächer und Fassaden begrünen, Schattenbereiche auf dem Schulhof anlegen und was es an sonstigen Möglichkeiten noch gibt, damit unsere Kinder auch an heißen Tagen in erträglich temperierten Räumen unterrichtet werden können.

Ganztagsbetreuung: Eltern sollen die Wahl bekommen

Viele Eltern sind zwischen Beruf und Familie hin und her gerissen. Deshalb ist es gut, dass auf Drängen der SPD bundesweit ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter eingeführt worden ist. In den nächsten Jahren muss das Land NRW nun den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen umsetzen. Bisher hält sich die

Landesregierung auffällig zurück und unterstützt die Kommunen dabei nur mit Zuschüssen zu den Betriebskosten. Das reicht aber bei weitem nicht. Vorgaben für Qualitätsstandards oder Zuschüsse für bauliche Maßnahmen an den Schulen sind Fehlanzeige. Eine neue SPD-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Kommunen ausreichend Personal und Geld erhalten, um diese großen und wichtigen Aufgaben schultern zu können. Zudem fehlt es an pädagogischem Fachpersonal. Auch hier will ich als Abgeordneter daran mitarbeiten, dass für junge Menschen zum Beispiel der Beruf als Erzieherin oder Erzieher attraktiver gemacht wird.

Unsere Städte brauchen für Bildung und andere wichtige Aufgaben mehr Hilfe vom Land

Eine Stadt muss dafür sorgen, dass es rund läuft: Es müssen genügend Plätze im Kindergarten vorhanden sein, Schulgebäude, Sportplätze und Bürgerhäuser müssen in Stand gehalten werden, Straßen und Wege in Ordnung sein, der Bus muss fahren, die Müllabfuhr kommen und vieles mehr. Was in Berlin oder in Düsseldorf beschlossen wird, muss in den Kommunen umgesetzt werden. Hier vor Ort zeigt sich, wie Gesetze und Verordnungen praktisch umgesetzt werden können und wie sie bei den Menschen ankommen. Die Erfahrung aus meiner ehrenamtlichen Tätigkeit in der Kommunalpolitik zeigt: Das ist nicht immer einfach. Für die Fülle an Aufgaben bekommen die Kommunen nicht die Unterstützung vom Land, die notwendig ist, um die Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gut zu

erfüllen. Als Landtagsabgeordneter werde ich mich bei einer neuen Landesregierung dafür stark machen, dass die Städte zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger mehr Hilfe vom Land erhalten.

Familien entlasten und mehr Zeit füreinander

Der Besuch der Kita und der Ganztagschule muss kostenfrei werden.

Neues Arbeitszeitmodell für Familien: Eltern von Kindern unter 10 Jahren verringern ihre Arbeitszeit um 20% bei staatlichem Lohnausgleich.

Meine Frau und ich haben drei Kinder. Wir sind eine ganz normale Familie mit all dem Glück und den Konflikten, die es in einer Familie gibt. Kinder sind ein Segen und wunderbar. Kinder machen glücklich. Kinder sind aber auch teuer. Die SPD und ich wollen Familien deshalb entlasten. Der Besuch eines Kindergartens oder einer Ganztagsbetreuung an einer Grundschule müssen komplett gebührenfrei werden.

Kein Kind soll an Armut leiden

Jedes Kind, das in Armut aufwächst, ist eines zu viel. Leider ist Kinderarmut – oft bedingt durch die Armut der Eltern – auch im Rhein-Erft-Kreis ein drängendes Problem. In Bergheim leben zum Beispiel rund 25% der Kinder von Hartz IV. Das darf nicht so bleiben.

Deshalb wird eine neue Landesregierung unter SPD-Führung die auf Bundesebene vorgesehene Einführung einer Kindergrundsicherung unterstützen. Neben der Einführung eines Bürgergelds als Ersatz für Hartz IV ist die neue Kindergrundsicherung das zentrale sozialpolitische Projekt der neuen Bundesregierung. Die bisherigen Leistungen für Familien sollen in der neuen Kindergrundsicherung zusammengefasst und automatisch ausgezahlt werden, ohne dass ein Antrag gestellt werden muss. Die neue Kindergrundsicherung soll sich zum einen aus einem einheitlichen Bestandteil, der für alle Kinder gleich ist, und einem vom Einkommen der Eltern abhängigen Beitrag zusammensetzen. Das wäre ein großer Schritt nach vorne bei der Bekämpfung von Kinderarmut und eine Erleichterung für viele Familien auch bei uns im Rhein-Erft-Kreis.

Arbeit und Familie unter einen Hut bekommen mit einem neuen Modell für die Arbeitszeit

Für viele Eltern ist es nicht einfach, Arbeitszeiten, Erziehung, Haushalt und Familienleben unter einen Hut zu bringen. Eine, wie ich finde, wegweisende Forderung der SPD in NRW würde für Entspannung sorgen und Familienleben und Arbeitswelt besser in Einklang miteinander bringen. Vorgeschlagen wird, dass Eltern von Kindern unter 10 Jahren ihre Arbeitszeit um 20 Prozent verringern können und dafür einen staatlichen Lohnausgleich erhalten. Ein guter Vorschlag, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können und Familien zu entlasten.



**Eltern brauchen
Unterstützung,
Arbeit und Familie
unter einen Hut
zu bekommen.
Dazu gehören
kostenfreie Kitas, gute
Lernbedingungen an
Schulen und neue
Arbeitszeitmodelle.**

Für Kinder und Erwachsene Krankenhäuser wohnortnah erhalten

Welche Eltern kennen das nicht: Ein Kind hat sich den Kopf an der Tischkante aufgeschlagen, beim Spielen passiert ein Unfall und das Bein ist gebrochen oder allergische Reaktionen führen zu Atemnot. Alles Beispiele, weswegen ich mit meinen Kindern ein Krankenhaus aufsuchen musste. Jedes Mal war ich erleichtert, wenn meinen Kindern geholfen werden konnte. Nicht erst die Pandemie zeigt, wie notwendig und wichtig Ärzte, Pflegepersonal und Krankenhäuser vor Ort sind. Sie leisten unglaubliche Arbeit und haben unseren Respekt verdient. Jede und jeder von uns

**„Nicht erst die
Pandemie zeigt,
wie notwendig
und wichtig Ärzte,
Pflegepersonal und
Krankenhäuser vor
Ort sind.“**

war bestimmt schon einmal aus den unterschiedlichsten Gründen froh, ein Krankenhaus in der Nähe gehabt zu haben. Meine Forderung und die der SPD ist klar: Wir wollen alle Krankenhäuser erhalten und ein Investitionsprogramm zur Unterstützung der Digitalisierung der Krankenhäuser auflegen.

Nicht jedes Krankenhaus kann alle Behandlungen anbieten, aber eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung durch Krankenhäuser muss flächendeckend in NRW gewährleistet werden.

Arbeit und Umwelt gehören zusammen.

**Die Männer und Frauen in den Tagebauen
und Kraftwerken haben für ihre Arbeit
unseren Dank und Respekt verdient.**

**Ich will, dass unsere Region mit grünem
Wasserstoff eine pulsierende Industrie-
region bleibt.**

Meine Geschwister und ich sind mit meinen Großeltern und Eltern umgesiedelt worden. Damals war ich 8 Jahre alt. Für mich als Kind war es eher ein spannendes Abenteuer. Besonders für ältere Menschen war und ist der Verlust der Heimat nicht einfach und hinterlässt Spuren. Alt-Königshoven musste dem Tagebau Garzweiler weichen. Auch von unserem neuen Zuhause war der Tagebau anfangs nur wenige hundert Meter entfernt. Jahrzehnte später steht auf der rekultivierten Königshovener Höhe inmitten von Feldern einer der größten Windparks in NRW, den die Stadt Bedburg gemeinsam mit einem Energieversorgungsunternehmen aus unserer Region betreibt. Eine Erweiterung ist in Planung.

Wohlstand durch Braunkohle und erneuerbare Energien

Die Beschäftigten in den Tagebauen, Kraftwerken und der Zulieferindustrie arbeiten rund um die Uhr für eine verlässliche Versorgung mit Strom. Viele sprechen zu Recht mit Stolz von ihrer Arbeit. Wir alle sind auf eine

sichere Energieversorgung angewiesen. Eine zuverlässige Versorgung mit Strom ist ein bedeutender Beitrag zum Wohlstand in unserer Region. Die Männer und Frauen in den Tagebauen und Kraftwerken haben dafür unseren Dank und Respekt verdient. Das ist ihr Lebenswerk.

Viele Menschen leben gut von und mit der Kohle. In den Industriebetrieben werden gute Gehälter gezahlt. Eine neue Landesregierung muss alle Anstrengungen unternehmen, dass Arbeitsplätze mit guten Löhnen auch nach dem Kohleausstieg in unserer Region verbleiben und neue geschaffen werden. Wenn die Kohle geht, muss neue Arbeit kommen. Als Landtagsabgeordneter will ich daran arbeiten.

Unsere Region soll mit grünem Wasserstoff pulsierende Industrieregion bleiben

Nun sind wir aufgebrochen in eine neue Zeit, die Zeit der erneuerbaren Energien. Der große Windpark auf der Königshovener Höhe, den ich jedes Mal sehe, wenn ich zu meinen Eltern fahre, ist für mich ein Symbol dieser neuen Zeit. Er trägt zum Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger in Bedburg bei. Weil die Stadt Miteigentümerin des Windparks ist, fließen Jahr für Jahr siebenstellige Beträge in den städtischen Haushalt. Für eine kleine Stadt, deren Finanzen sehr angespannt sind, keine Kleinigkeit. Besonders dann, wenn sie vor der Aufgabe steht, Schulen aus- oder neu zu bauen und weitere Kitas geplant werden müssen, um dem Bedarf einer wachsenden Stadt gerecht zu werden.

Der Windpark kann aber noch viel mehr: Ein Windrad wird mit Hilfe eines Energiespeichers ein Neubaugebiet,

die so genannte Ressourcenschutzsiedlung, versorgen, die als „Reallabor der Energiewende“ vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert wird. Und der Windpark steht für einen baldigen Aufbruch in eine Wasserstoffwirtschaft, mit deren Hilfe Industrie-arbeitsplätze in der Region gesichert werden können. Der Bedburger Bürgermeister Sascha Solbach plant gemeinsam mit Partnern aus der Privatwirtschaft mit Strom aus dem Windpark grünen Wasserstoff zu erzeugen.

Der Wasserstoff soll konkret in der Aluminiumindustrie eingesetzt werden und dort zu einer klimaneutralen Produktion beitragen. So wird der Windpark hoffentlich in Kürze dafür sorgen, industrielle Arbeitsplätze und Wertschöpfung in unserer Region zu erhalten. Soweit die Pläne.

Von der schwarz-gelben Landesregierung gab es dazu bisher nur wenig Hilfe. Die Suche nach einem passenden Förderprogramm dauert mit über einem Jahr für dieses wegweisende Projekt viel zu lange. Wenn es darauf ankommt, darf es nicht an der Bürokratie scheitern. Für mich ist völlig klar: Bei wegweisenden Konzepten, die Arbeit und Umwelt zusammenführen und zum Klimaschutz beitragen, müssen die Förderprogramme den Bedingungen des Strukturwandels angepasst werden und nicht das Projekt den Richtlinien. Ich werde mich bei einer neuen Landesregierung für weniger Bürokratie und schnellere

„Wagen wir doch den Aufbruch in die Wasserstoffwirtschaft, mit deren Hilfe wir Industriebetriebe in der Region sichern können.“

Genehmigungen einsetzen, damit endlich neue Arbeit entsteht.

Arbeit und Umwelt sind kein Gegensatz

Schon als ich 1991 in die SPD eingetreten bin, hat mich die Frage beschäftigt, wie Arbeit und Umwelt miteinander in Einklang zu bringen sind. Lange ist es her, aber im Jahre 1990 ist die SPD mit dem Programm „Der neue Weg: ökologisch, sozial, wirtschaftlich, stark“ angetreten. Das hat mich fasziniert. Schon damals ging es der SPD um die ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft und zwar so, dass Industrie und deren Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben.

Heute ist es allerhöchste Eisenbahn diesen Weg zu gehen, besonders für unsere Region, das Rheinische Revier, den Rhein-Erft-Kreis. Der Kohleausstieg ist beschlossen. Jetzt muss es darum gehen, den Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft erfolgreich zu gestalten und dabei neue gute Arbeitsplätze zu schaffen.

Damals wie heute sollten Arbeit und Umwelt zusammen gedacht und entsprechend gehandelt werden. Als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung in unserer Stadt bekomme ich aber immer wieder mit, dass dies noch längst keine Selbst-

„Der Kohleausstieg ist beschlossen. Jetzt muss es darum gehen, den Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft erfolgreich zu gestalten und dabei neue gute Arbeitsplätze zu schaffen.“

verständlichkeit ist. In politischen Diskussionen wird oft ein Konflikt zwischen Arbeit und Umwelt beschworen. Es wird gerne polarisiert. Stattdessen bin ich dafür, sich die Mühe zu machen, die unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen zusammenzuführen. Das ist nicht immer einfach. Am Ende lohnt es sich aber für alle und ist ein großer Schritt nach vorne.

Gewerbegebiete und Umweltschutz: Das passt zusammen.

Ein Beispiel aus der Kommunalpolitik: In meiner Heimatstadt wird ein neues Gewerbegebiet auf einer Ackerfläche geplant, um neue Arbeitsplätze im Strukturwandel zu schaffen. Das Vorhaben ist aber umstritten, vor allem weil es aufgrund von engen Vorgaben der Landesplanung und der Bezirksregierung sehr nah an verschiedene Ortsteile heranrücken muss. Es bildet sich eine Bürgerinitiative und auch im Stadtrat wird die vorgesehene Fläche für das Gewerbegebiet kontrovers diskutiert. Als ein Argument gegen das neue Gewerbegebiet wird in der Debatte der Flächenverbrauch des wertvollen Lössbodens und eine großflächige Versiegelung des Bodens durch Gebäude und Straßen angeführt. Es wird also der klassische Konflikt zwischen Arbeit und Umwelt ins Feld geführt, sich entweder für Arbeitsplätze oder für die Natur zu entscheiden. Dabei geht beides! Ja, es wird Fläche verbraucht und es wird auch Fläche versiegelt. Das ist aber zu einfach gedacht. Das neue Gewerbegebiet ist ausdrücklich als ein grünes Gewerbegebiet

geplant: Hecken aus einheimischen Gehölzen sind vorgesehen, die Bauten müssen in einer besonders ressourcenschonenden Bauweise errichtet werden, die Dächer mit Photovoltaik ausgestattet und die Fassaden teilweise begrünt werden.

Das Planverfahren für das neue Gewerbegebiet ist bald abgeschlossen. Ich bin mir sicher, dass am Ende die Vielfalt an Pflanzen und Tieren in diesem neuen grünen Gewerbegebiet größer sein wird als auf der vorher landwirtschaftlich intensiv genutzten Ackerfläche. Aus meiner Sicht ein gelungenes Beispiel dafür, wie Arbeit und Umwelt zusammenfinden werden.

Handwerker werden zu Klimaschützern

Neue Maßstäbe wird die bereits erwähnte Ressourcenschutzsiedlung setzen, gerade was die Verwendung ressourcenschonender Baumaterialien anbetrifft. Bei der so genannten Faktor-X-Bauweise, nach der dort alle Gebäude und Häuser errichtet werden müssen, wird schon bei der Auswahl der Baumaterialien großer Wert daraufgelegt, dass diese möglichst klimaschonend produziert worden sind und später wiederverwendet werden können. Ich bin froh, dass ich die Entwicklung dieses spannenden Baugebiets als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung begleiten durfte. Auf meine Initiative hin wird auch der nächste städtische Kindergarten in einer solchen ressourcenschonenden Bauweise errichtet. Klar, die Baukosten werden durch die ressourcenschonende Bauweise nicht günstiger, aber wenn wir die Lebensdauer der Gebäude betrachten, lohnt sich dies auf jeden Fall.

Wenn wir beim Klimaschutz weiterkommen wollen, muss sich auch im Bausektor vieles verändern. Handwerker werden dabei zu Klimaschützern.

Venlo als Vorbild für NRW

Vor einigen Jahren habe ich mit einer Delegation der Rhein-Erft-SPD einen Gewerbepark in Venlo in den Niederlanden besucht. Das Besondere daran: Die Stadt Venlo unterstützt Unternehmen, die sich dem Nachhaltigkeits-Prinzip C2C verschrieben haben. C2C steht für „Cradle to Cradle“ und bedeutet „Von der Wiege zur Wiege“. Die Idee dahinter: Alle Produkte, die nach diesem Prinzip entwickelt werden, müssen entweder vollständig recycelt werden können oder kompostierbar sein. Im Idealfall gäbe es keinen Müll mehr, der verbrannt oder deponiert werden müsste. Eine faszinierende Vorstellung. Aus meiner Sicht könnte darin sogar der Schlüssel für den nächsten Wachstumszyklus in der Volkswirtschaft, den nächsten so genannten „Kondratieff-Zyklus“ liegen.

Ganz konkret wurden in der Region Venlo das Rathaus, Schulen oder ein Sportkomplex nach dem C2C-Prinzip gebaut und das auch zum Thema im Unterricht an den Schulen gemacht. Aber es betrifft nicht nur Gebäude, sondern es werden ebenso Unternehmen dabei unterstützt, ihre Produkte nach diesen Nachhaltigkeitskriterien zu entwickeln. In Deutschland sind mir Bücher aufgefallen, die bereits nach dem C2C-Prinzip gedruckt worden sind. Bekannter ist bei vielen bestimmt das Beispiel kompostierbarer Kleidungsstücke.

Ich finde, wir können von unseren Nachbarinnen und Nachbarn lernen. NRW sollte sich das Engagement der Stadt Venlo zum Vorbild nehmen und alle Aktivitäten unterstützen, die eine solche Kreislaufwirtschaft nach den Prinzipien von C2C aufbauen. Viele neue Arbeitsplätze würden entstehen und unserer Umwelt mit uns Menschen als Teil davon käme es zu gute.

Klimaschutz und Energiewende: Die Menschen mitnehmen.

Die Menschen mitnehmen, die Akzeptanz der Menschen für die Energiewende erhalten und verbessern, sind für mich die entscheidenden Punkte.

Die Strom- oder Gasrechnung darf nicht zu einer sozialen Frage werden.

Die Lichter am Weihnachtsbaum gehen aus. Stromausfall. Ausgerechnet am 1. Weihnachtstag 2021 fällt um die Mittagszeit bei uns der Strom aus. Im Kreis der Familie führt der Stromausfall natürlich zu einer Diskussion über die Energiewende, den geplanten Kohleausstieg und den Strukturwandel. Nach einer geschätzten halben Stunde ist der Strom wieder da.

Panik ist ein schlechter Ratgeber

Wir brauchen den Umstieg auf erneuerbare Energien. Da gibt es kein Wenn und Aber. Bereits in den 1990er Jahren hatte mich das Buch „Sonnen-Strategie“ von

Hermann Scheer beeindruckt, der schon damals beschrieben hat, wie eine Energiewende aussehen könnte. Vieles davon ist in der Zwischenzeit Wirklichkeit geworden, vieles bleibt noch zu tun.

Anders als Greta Thunberg, die zu verschiedenen Anlässen gesagt hat, dass wir angesichts des fortschreitenden Klimawandels in Panik verfallen sollten, bin ich anderer Meinung. Wir dürfen nicht in Panik verfallen, sondern müssen gut überlegen und gezielt handeln, wie wir den Klimawandel aufhalten und begrenzen können.

Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien aus Elsdorf-Heppendorf

Dabei ist Versorgungssicherheit eine grundlegende Voraussetzung. Als Industrienation sind wir jederzeit auf eine sichere Stromversorgung angewiesen. Durch die schwankende Einspeisung aus Sonnenenergie und Windkraft wird es immer komplizierter, die Stabilität im Stromnetz aufrecht zu erhalten.

Mitten im Rheinischen Revier, in Elsdorf-Heppendorf, hat sich ein kluges Unternehmen auf den Weg gemacht und Instrumente entwickelt, das Stromnetz zu digitalisieren und so zu steuern, dass die Energie aus den vielen dezentralen Photovoltaik-Anlagen und Windräder so verteilt wird, dass nirgends das Licht ausgeht oder Maschinen stillstehen. Aus meiner Sicht ein Schlüsselprojekt für eine erfolgreiche Energiewende. Fördermittel für das Projekt sind von dem Unternehmen bereits vor einiger Zeit bei der dafür zuständigen „Zukunftagentur Rheinisches



Die Menschen mitnehmen

Die Strom- und Gasrechnung darf nicht zu einer sozialen Frage werden.

Deshalb brauchen wir ein Klimageld.

Revier“ beantragt worden. Wieder einmal: Das überaus bürokratische und komplizierte Antragsverfahren zieht sich. Als Landtagsabgeordneter werde ich mich bei einer neuen Landesregierung dafür stark machen, die Antragsverfahren für Fördermittel drastisch zu vereinfachen, damit wegweisende Projekte schneller an den Start kommen.

Alle Menschen bei der Energiewende mitnehmen

Die Energiewende braucht Zeit. Alle Menschen müssen mitgenommen werden. Wenn wegen explodierender Energiekosten Industriebetriebe abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen oder hohe Heiz- und Stromkosten immer mehr Menschen vor große Probleme stellen, schwindet die Akzeptanz für die Energiewende. Zu Beginn des Jahres 2022 erleben wir, dass sich die Gaspreise auf einem Höchststand befinden. Viele Menschen werden in den nächsten Monaten tief in ihr Portmonee greifen müssen, um die Rechnung bezahlen zu können. Die Strom- oder Gasrechnung darf dabei aber nicht zu einer sozialen Frage werden. Die neue Bundesregierung hat das Problem erkannt und will die staatlichen Abgaben auf den Strompreis senken. Auch soll ein Klimageld eingeführt werden, um die steigenden Energiekosten abzufedern. Wie das genau aussehen soll, wird derzeit erarbeitet.

Die Akzeptanz der Menschen für die Energiewende zu erhalten und zu verbessern, sind für mich entscheidende Punkte. In Deutschland werden rund 2% der weltweiten Treibhausgase ausgestoßen. Wir allein können das

Klima also nicht retten, sondern sind darauf angewiesen, dass andere Industriestaaten unserem Beispiel folgen und bereit sind, den Weg zu einer klimaneutralen Industriegesellschaft ebenfalls zu gehen. Wir müssen zeigen, dass eine Industrieregion klimaneutral werden kann und dabei an Wohlstand gewinnt. Dann werden auch andere Industrieländer unserem Beispiel folgen.

Klimaneutral werden, ist erst der Anfang

Der Klimawandel ist schon längst da. Die Auswirkungen sehen und spüren wir jetzt schon. Es wird nicht ausreichen, die negativen Folgen der

„Wir müssen zeigen, dass eine Industrieregion klimaneutral werden kann und dabei an Wohlstand gewinnt. Dann werden andere unserem Beispiel folgen.“

Erderwärmung nur dadurch einzudämmen, in den nächsten Jahren immer weniger Treibhausgase in die Atmosphäre freizusetzen. Wir sollten uns Gedanken machen, Treibhausgase auch wieder aus der Luft herauszufiltern. Das Ziel, klimaneutral zu werden, kann deshalb nur ein Anfang sein. Treibhausgase aus der Atmosphäre wieder

herauszufiltern, ist technisch machbar. Hierfür werden aber große Mengen an Energie benötigt, natürlich aus erneuerbaren Quellen. Als Landtagsabgeordneter werde ich mich dafür einsetzen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen und entsprechende fortschrittliche Technologien zu fördern.

Niederaußem als Kraftwerksstandort erhalten

Wer kennt sie nicht? Die sympathische Geschichte von den Wolkenmachern im Kraftwerk Niederaußem. Meine Kinder und sicher ganz viele weitere Kinder haben sie bestimmt schon einmal erzählt bekommen, wenn man aus der Nähe oder aus der Ferne sieht, wie der weiße Wasserdampf aus den Kühltürmen steigt. Im Kraftwerk Niederaußem werden aber keine Wolken geformt, sondern Strom aus Braunkohle erzeugt.

Auch für die Energiewende brauchen wir viel Strom, sehr viel Strom. Allein für die Herstellung von grünem Wasserstoff für die Industrie werden riesige Mengen an Strom benötigt. Der nächstliegende Gedanke ist, dass Kraftwerk Niederaußem zu einem Gaskraftwerk umzubauen, dass später – wie von der neuen Bundesregierung vorgesehen – von fossilem Erdgas auf grünen Wasserstoff umsteigt. Dadurch könnte ein Teil

der Infrastruktur am Kraftwerk weitergenutzt und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Wenn der Bund die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpasst, wäre am Kraftwerksstandort Niederaußem auch ein modernes Wärmespeicherkraftwerk denkbar. Das Prinzip: Mit Strom aus erneuerbaren Energien wird ein spezielles Flüssigsalz

in großen Tanks auf mehrere hundert Grad erhitzt. Mit Hilfe von Wärme und Hitze können Dampfturbinen angetrieben und Strom erzeugt werden. Der Vorteil: Auch

„Wir haben gute Aussichten, dass wir auch mit Strom aus erneuerbaren Quellen eine Industrieregion bleiben.“

hier können Teile des Kohlekraftwerks wie die Turbine und der Generator weiter genutzt und Energie aus Wind- und Sonnenkraft gespeichert werden.

Auch an anderen Stellen im Rhein-Erft-Kreis könnte Strom aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden: So könnte bei der künftig kommenden Befüllung des Tagebaus Hambach mit Rheinwasser ein Laufwasserkraftwerk zur Stromgewinnung beitragen. Interessant ist auch die Idee, Fahrrad- und Fußgängerwege mit Solarzellen zu pflastern. Aus meiner Sicht ein spannender Ansatz, bestehende Flächen, die oft versiegelt sind, doppelt zu nutzen und für die Stromgewinnung einzuspannen. Ich bin dafür, alle Möglichkeiten für eine erfolgreiche Energiewende zu prüfen und zu nutzen.

Wenn die Kohle geht, muss neue Arbeit kommen.

Der Erfolg des Strukturwandels muss an der Schaffung neuer guter Arbeitsplätze gemessen werden. Das ist mein Maßstab.

Beschäftigte in den Tagebauen und Kraftwerken brauchen Verlässlichkeit und Sicherheit.

Mit Stolz hat Guido van den Berg die Bergmannstracht getragen. Der leider viel zu früh verstorbene Landtagsabgeordnete und enge Freund aus Bedburg hat sie ehrenhalber als Dank für seinen unermüdlichen Einsatz für die Bergleute in den Kohleregionen verliehen bekommen. Der Strukturwandel in den Kohleregionen

war sein Thema. Darüber hat er mit den Menschen auf Augenhöhe gesprochen. Für Guido war entscheidend, den Menschen eine Perspektive zu bieten, wenn die Kohleverstromung im Rheinischen Revier zu Ende geht. Seinen Ball will ich aufnehmen, wenn es um den großen Umbau unserer Wirtschaft in unserer Region und Nordrhein-Westfalen geht.

Beschäftigten in den Tagebauen und Kraftwerken Sicherheit bieten

Eine Perspektive bieten, ist nach wie vor der springende Punkt: Wenn der Kohleausstieg jetzt vorgezogen wird, brauchen die Menschen und die Region Sicherheit und müssen wissen, wie es weitergeht. Das „Anpassungsgeld“ (APG), das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Tagebauen und Kraftwerken ab 58 Jahre den Übergang zur Rente sichern soll, muss auf den vorgezogenen Kohleausstieg angepasst werden. Die Bergleute mit ihren Familien brauchen Verlässlichkeit und Sicherheit. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist für jüngere Beschäftigte, die keinen Anspruch auf ein Anpassungsgeld haben, vorgesehen, ihre Qualifikationen in besonderer Weise zu fördern. Niemand darf wegen des Kohleausstiegs ins Bergfreie fallen. Gemeinsam mit einer neuen Landesregierung werde ich mich dafür einsetzen, dass die Regelungen entsprechend in Berlin angepasst werden.

Maßstab ist die Schaffung neuer guter Arbeitsplätze

Bereits bis Ende 2023 fallen durch den Kohleausstieg und die damit einhergehende Abschaltung von Kraftwerksblöcken rund 3.000 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier weg. Es ist also Eile bei der Ansiedlung neuer Jobs geboten. Das gelingt aber nur, wenn für Unternehmen Anreize geschaffen werden, vor Ort zu investieren. Das klingt banal, aber genau deswegen kommt der Strukturwandel bisher nicht voran. Die CDU-geführte Landesregierung und das FDP-geführte Landeswirtschaftsministerium machen bisher erschreckend wenige Vorschläge, wie man neue Unternehmen in unserer Region ansiedeln kann. Dabei ist die Ansiedlung neuer Unternehmen oder die Erweiterung bestehender Firmen der Schlüssel für einen erfolgreichen Strukturwandel.

Ein erfolgreicher Strukturwandel mit neuen guten Arbeitsplätzen ist möglich. Die Kommunen, viele Unternehmen und auch die Gewerkschaften stehen mit guten Projekten in den Startlöchern. Eine neue Landesregierung wird sie dabei unterstützen und die Rahmenbedingungen verbessern. Die Bürgermeister der Anrainerkommunen fordern zum Beispiel die Einführung einer Sonderwirtschaftszone. In einem solchen räumlich klar vorgegebenen Gebiet sollen Investitionsanreize für Unternehmen durch erheblich vereinfachte beihilferechtliche Regelungen geschaffen werden. Auch wenn dabei sicher dicke Bretter in Brüssel bei der EU-

Kommission gebohrt werden müssen, halte ich dies für einen Weg, für den sich eine neue Landesregierung dringend ins Zeug legen sollte.

Für mich liegt der Maßstab für einen erfolgreichen Strukturwandel in der Schaffung neuer guter Arbeitsplätze. Daran will ich arbeiten und das sehe ich als meine Aufgabe an, wenn ich am 15. Mai zum Landtagsabgeordneten für die Städte Bedburg, Bergheim, Elsdorf und Pulheim gewählt werde.

Neue Arbeitsplätze in neuen Gewerbe- und Industriegebieten

Tagebaue sind wie wandernde Industriegebiete mit vielen gut bezahlten Arbeitsplätzen. Wenn die in einigen Jahren wegfallen, muss schon heute für Ersatz gesorgt werden. Das geht, wenn die Städte mehr Spielräume von der Landesregierung bekommen, als Ausgleich neue Industrie- und Gewerbegebiete in unserer Region zu entwickeln. Schließlich müssen neue Arbeitsplätze irgendwo entstehen können. Das ist einfacher gesagt als getan. Allein schon die Verfahren zur Planung ziehen sich über Jahre hinweg, ganz zu schweigen von Eigentumsfragen, deren Lösung leider oftmals ebenfalls Jahre dauert. So vergeht kostbare Zeit, bis der erste Bagger kommen kann. Das in Zusammenarbeit der Städte Bedburg, Bergheim und Elsdorf geplante Gewerbegebiet „terra nova“ ist hierfür leider ein Beispiel. Seit über 10 Jahren läuft die Planung und noch ist kein einziger Arbeitsplatz entstanden.

Für mich ist klar: Ich will, dass unsere Städte mehr Freiheiten bei der Flächenplanung bekommen, um neue

Gewerbe- und Industriegebiete ausweisen zu können. Dafür ist das Land NRW zuständig. Schon lange hat die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung versprochen, für die Anrainerkommunen im Rheinischen Revier eine so genannte Sonderplanungszone einzurichten. Außer Ankündigungen ist aber bisher von Seiten

der Landesregierung nichts geschehen. Das muss sich ändern. Daran will ich arbeiten.

Wir müssen auch mehr Möglichkeiten erhalten, neues auszuprobieren. In einer Diskussion innerhalb der SPD kam die Idee auf, beim Verfüllen des Tagebaus Garzweiler ein Gewerbegebiet, vorzugsweise für Logistik, über mehrere Stockwerke in die Tiefe zu

legen. Während die großen Lagerhallen in der Erde verschwinden, können auf der Oberfläche weiter rekultivierte Felder bestellt werden. Es ist bisher nur eine Idee. Wie ich finde, aber eine über die es sich lohnt, weiter nachzudenken. Und eine einmalige Chance, die sich so anderswo in Nordrhein-Westfalen nicht mehr bietet.

Ein S-Bahn-Netz für die Menschen in unserer Region

Alle 20 Minuten fährt von unseren Bahnhöfen eine S-Bahn nach Köln, Düsseldorf oder Aachen. Das ist das Ziel des S-Bahn-Netzes Rheinisches Revier. Einige Städte in unserer Region haben sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass ein solches S-Bahn-Netz aus Fördergeldern für den

„Ein erfolgreicher Strukturwandel ist möglich. Für mich liegt der Maßstab dafür in der Schaffung neuer guter Arbeitsplätze.“

Strukturwandel aufgebaut werden soll. Dabei geht es darum, verschiedene Bahnlinien wie beispielsweise die Erft-Bahn von Horrem über Bergheim nach Bedburg oder die Verbindung Köln-Pulheim-Grevenbroich-Mönchengladbach (künftige S6) zu S-Bahnstrecken auszubauen. Mit einer Schienenverbindung von Aachen über Jülich nach Bedburg soll zudem eine völlig neue S-Bahnlinie entstehen. Für die Stadt Elsdorf eine Chance, endlich wieder einen eigenen Bahnanschluss zu erhalten, für den ich mich stark machen werde.

Ich finde, das ist ein großartiges Projekt: Die Menschen in unserer Region werden durch ein S-Bahn-Netz untereinander und mit den umliegenden Großstädten verbunden. Bis zur Umsetzung ist es noch ein weiter Weg. Als Landtagsabgeordneter will ich mich darum kümmern, dass dieses Projekt Wirklichkeit wird und die S-Bahn in unsere Bahnhöfe einfährt.

Gesellschaftlicher Fortschritt mit einem bedingungslosen Grundeinkommen

Ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe Stabilität und Sicherheit in allen Lebenslagen.

Ein Grundeinkommen würde den Zusammenhalt stärken und die Arbeitswelt menschlicher machen.

Was für eine blöde Idee. So dachte ich zumindest auf dem Heimweg nach einer längeren Diskussion mit einem Freund aus Köln. Er hatte mir von der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens erzählt. Der Kern der Idee: Der Staat garantiert allen

Bürgerinnen und Bürgern von der Geburt bis zum Tod ein existenzsicherndes Einkommen ohne Gegenleistung und unabhängig von seinem oder ihrem Vermögen. 1.000 Euro für jeden pro Monat wurden damals in den 2000er Jahren zu Beginn des Jahrhunderts von Götz Werner, dem Inhaber einer Drogeriemarktkette, vorgeschlagen. Von einem solchen Vorschlag hörte ich damals zum ersten Mal. Sofort schossen mir kritische Fragen durch den Kopf: Wer soll das bezahlen? Wer geht dann noch arbeiten? Wir diskutierten lange darüber und ich fuhr nach Hause und war ganz und gar nicht von der Idee überzeugt.

Nach einigen Monaten bekam ich von meinem Freund eine Wirtschaftszeitschrift zugesandt, deren Ausgabe sich mit dem Grundeinkommen beschäftigte. Ich weiß heute noch genau, wo ich gesessen habe, als ich die Zeitschrift gelesen habe und es in mir zu arbeiten begann. Seitdem hat mich die Idee nicht mehr losgelassen.

Rhein-Erft-SPD für ein Grundeinkommen

Kurzum: Ich habe mich vom Saulus zum Paulus gewandelt und bin zu einem Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens geworden. Gemeinsam mit anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern habe ich in der Rhein-Erft-SPD eine Arbeitsgruppe gegründet und für diese Idee geworben. In der Rhein-Erft-SPD haben wir uns mit dem Für und Wider eines bedingungslosen Grundeinkommens intensiv auseinandergesetzt und Götz Werner zu

„Was für eine blöde Idee...“

einer spannenden Diskussion in der Abtei Brauweiler eingeladen. In 2007 und in 2010 konnten wir auf Kreisparteitagen der Rhein-Erft-SPD nach kontroversen Debatten eine Mehrheit von einem Grundeinkommen überzeugen.

**... die mich
seitdem
nicht mehr
losgelassen hat.“**

Heute schon möglich: Ein Grundeinkommen gewinnen

Damals noch ein Randthema, hat heute fast jeder oder jede schon einmal davon gehört. Es haben sich Bürgerinitiativen gegründet, die sich für ein Grundeinkommen einsetzen und Aufklärungsarbeit leisten. In den Medien wird immer wieder über das Thema berichtet. Die Crowdfunding-Initiative „Mein Grundeinkommen“ in Deutschland sammelt erfolgreich Spenden, um dann 1.000 Euro pro Monat für ein Jahr an Menschen zu verschenken. Die Beschenkten werden ausgelost. Jede und jeder kann sich bei der Initiative registrieren und ohne weitere Voraussetzungen an der Verlosung teilnehmen.

Erstmals wurde 2020 in Deutschland von einem Wirtschaftsforschungsinstitut eine Langzeitstudie unter wissenschaftlicher Beteiligung eines Max-Planck-Instituts und der Universität Köln angestoßen. Rund 120 nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählte Menschen erhalten 3 Jahre lang jeden Monat 1.200 Euro ohne Bedingungen. Dabei soll untersucht werden, wie sich das Leben der Menschen durch den Bezug eines Grundeinkommens verändert. Es tut sich also etwas in Sachen Grundeinkommen.

Ein Grundeinkommen gäbe Sicherheit und Stabilität in allen Lebenslagen

Aber was hat mich überzeugt? Warum bin ich ein Befürworter eines Grundeinkommens geworden? Da gibt es viele Aspekte. Im Kern geht es mir darum: Ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe Stabilität und Sicherheit im Leben. Es würde vor Armut schützen und davor bewahren, auf der Arbeit ausgebeutet zu werden.

Das ein Grundeinkommen vor Armut schützen würde, leuchtet sicher sofort ein. Aber vor allem für die Menschen, die tagtäglich zur Arbeit fahren oder im Homeoffice sitzen, würde ein Grundeinkommen Stabilität im Leben und Sicherheit vor schlechten Arbeitsbedingungen bieten. Der Druck wäre groß, die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten so zu gestalten, dass sie für die Beschäftigten attraktiv sind. Ein Grundeinkommen würde es den Beschäftigten leichter machen, bei schlechten Arbeitsbedingungen zu kündigen und sich eine bessere Arbeit zu suchen. Nicht mehr ein Wettbewerb um niedrige Löhne, sondern um Qualität und bessere Arbeitsbedingungen stünden dann im Vordergrund. Die Einführung eines Grundeinkommens wäre die passende Antwort, um unsere Arbeitswelt menschlicher zu gestalten.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre auch geeignet, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, der von den vielen Millionen ehrenamtlich arbeitenden Menschen im Sportverein, in der Pflege von Angehörigen zu Hause, bei der freiwilligen Feuerwehr und an vielen Stellen mehr getragen wird. Mit einem Grundeinkommen könnten es sich viele leisten, mit

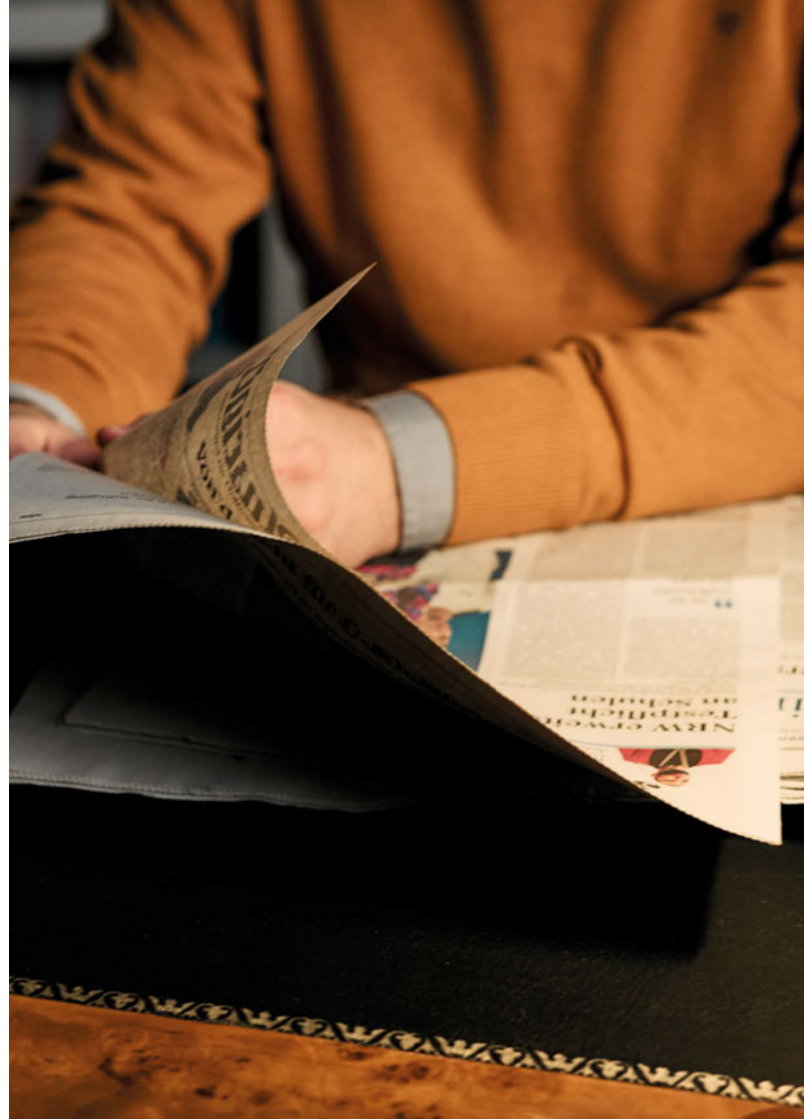
ihrer Erwerbsarbeit kürzer zu treten und stattdessen ihr ehrenamtliches Engagement zu verstärken. Unserer Gesellschaft würde das so guttun.

Wer geht dann noch arbeiten? Wer soll das bezahlen?

Es gäbe noch über viele Aspekte eines Grundeinkommens zu schreiben und welchen großen Fortschritt es mit sich brächte. Ich möchte an dieser Stelle aber auf die beiden häufigsten kritischen Fragen eingehen: Wer geht dann noch arbeiten? Wer soll das bezahlen?

Einige werden ihre Arbeitszeit verkürzen, weil sie vielleicht mehr Zeit mit der Familie verbringen möchten oder sich stärker ehrenamtlich betätigen wollen. Andere könnten sich jetzt eine Kündigung leisten, um schlechten Arbeitsbedingungen zu entgehen. Ich bin aber überzeugt, dass die meisten Menschen weiter ihrer Erwerbsarbeit nachgehen wie bisher. Denn Arbeit bedeutet nicht nur seine Brötchen zu verdienen, sondern auch soziale Kontakte zu pflegen und Anerkennung zu bekommen. Außerdem bleibt ein Grundeinkommen ein Grundeinkommen, mit dem man sich schließlich nicht alles leisten kann, ohne hinzuzuverdienen.

Zur Finanzierung und Umsetzung eines Grundeinkommens gibt es verschiedene Modelle. Sie sind sehr unterschiedlich und reichen von einem Konzept einer negativen Einkommenssteuer bis zu einer umfassenden Besteuerung der Finanzmärkte.



„Ich bin von dem gesellschaftlichen Fortschritt überzeugt, der mit einem Grundeinkommen möglich wäre.“

Dabei ist zu beachten, dass zur Gegenfinanzierung der Ausgaben eines Grundeinkommens viele – nicht alle – Sozialleistungen entbehrlich wären und entfallen könnten. In diesem Zusammenhang wäre die

Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auch ein großer Beitrag zum Bürokratieabbau und zum besseren Verständnis unseres Sozialstaats.

Grundeinkommen schrittweise einführen

Die Einführung eines Grundeinkommens müsste nicht auf einen Schlag passieren, sondern könnte schrittweise erfolgen, um die Auswirkungen immer wieder neu bewerten zu können. Erste Schritte könnten zum Beispiel die Ausweitung der Grundrente zu einem Grundeinkommen für ältere Menschen oder die auf Bundesebene vorgesehene Kindergrundsicherung zu einem Grundeinkommen für Kinder und junge Menschen sein. Auch der Vorschlag meiner Partei in NRW, Familien zu stärken, indem allen Eltern von Kindern bis 10 Jahren eine Reduktion der Arbeitszeit von 20 Prozent bei staatlichem Lohnausgleich ermöglicht wird, geht in die richtige Richtung und könnte in Richtung eines Grundeinkommens ausgebaut werden.

Die Idee eines Grundeinkommens wurde und wird in vielen Parteien diskutiert. Innerhalb meiner Partei, der SPD, sind bisher nur vereinzelt Stimmen zu hören, die sich

für ein Grundeinkommen aussprechen. Das hält mich aber nicht davon ab, weiter dafür zu werben. Ich bin von dem gesellschaftlichen Fortschritt überzeugt, der mit einem Grundeinkommen möglich wäre.

Zukunft gibt es immer, für Fortschritt muss man kämpfen

„Endlich! Bald kommt der Frühling“, denke ich jedes Jahr erleichtert schon im Februar. Dann blühen die Krokusse in meinem Garten. Es werden wohl mehr als tausend Krokusse sein, die sich auf dem Rasen ausbreiten, der eigentlich mehr eine Wiese ist. Scheint dazu noch die Sonne, hört man überall ein Summen und Brummen. Einfach herrlich!

Gefühlt beginnt für mich dann erst das neue Jahr und ich blicke nach vorn, was es bringen wird und was ich mir vornehme. Meine Haltung ist, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Aber Zukunft gibt es immer, Fortschritt kommt nicht von alleine, weder im Beruf, noch in der Familie und auch nicht in der Politik. Dafür muss man sich engagieren, die Sachen anpacken und einen langen Atem haben. Die Dinge brauchen ihre Zeit, nicht alles klappt auf Anhieb und manchmal geht es auch einen Schritt zurück, statt nach vorn.

Ich bin der Überzeugung, dass gesellschaftlicher und technologischer Fortschritt unser Leben verbessern kann und wird. Was meine Überlegungen und Vorschläge sind, wie Familien entlastet, Kommunen gestärkt, Arbeitsplätze im Strukturwandel geschaffen, Arbeit und Umwelt miteinander in Einklang gebracht und ein



Am 15. Mai: Landtags- wahl.

bedingungsloses Grundeinkommen für Stabilität und Sicherheit im Leben sorgen kann, habe ich in diesem Büchlein zusammengefasst. Das ist mein Blick nach vorn.

Als Landtagsabgeordneter möchte ich dafür arbeiten und kämpfen, dass diese Ideen Schritt für Schritt Wirklichkeit werden und es uns und unseren Kindern besser gehen wird. Darum kandidiere ich am 15. Mai 2022 für die SPD zur Landtagswahl.

im Februar 2022

Hrsg: Bernd Coumanns, Rhein-Erft-SPD, Fritz-Erler-Str. 2, 50327 Erftstadt
Druck: FLYERALARM GmbH, Alfred-Nobel-Str. 18, 97080 Würzburg

KONTAKT

www.bernd-coumanns.de
info@bernd-coumanns.de

ÜBER MICH

Bernd Coumanns

Ich bin Jahrgang 1975 und wohne mit meiner Frau und unseren drei schulpflichtigen Kindern in Bedburg. Studiert habe ich Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität zu Köln. Seit vielen Jahren bearbeite ich Bürgeranliegen im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Dietmar Nietan aus dem Kreis Düren.

Die SPD ist seit 1991 meine politische Heimat. Ich bin seit einigen Jahren Vorsitzender der SPD in Bedburg und engagiere mich dort seit 1999 ehrenamtlich im Stadtrat. Als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung darf ich seit 2014 die Geschicke der Stadt mitlenken.

In meiner Freizeit unternehme ich gerne Ausflüge mit der Familie, lese gerne (Sachbücher über historische Themen, Science-Fiction und Fantasy-Romane), spiele mit Freunden Brettspiele und setze mich für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein.

Meine Themen: Schulen sind die Visitenkarte jeder Stadt. Als Landtagsabgeordneter will ich Städte, Eltern und Schulleitungen dabei unterstützen, gute Lernbedingungen an unseren Schulen zu schaffen.

Wenn die Kohle geht, muss neue Arbeit kommen. Für mich ist klar, dass der Erfolg des Strukturwandels beim Kohleausstieg am Erhalt und an der Schaffung neuer guter Arbeitsplätze gemessen werden muss.

Meine Einstellung: Als Vater blicke ich optimistisch in die Zukunft. Wie sollte es mit Kindern auch anders sein. Alle Eltern wollen ihren Kindern eine bessere Welt hinterlassen. Wir können die Probleme unserer Zeit durch gesellschaftlichen und technologischen Fortschritt lösen. Davon bin ich überzeugt.